





SHUTTERSTOCK.COM/BRIAN A JACKSON

hier ihre Heimat. Welche Partei kann ein Mensch noch wählen, der sich der Vernunft verpflichtet fühlt, der Ideologien jedweder Art ablehnt, dessen Werte letztlich die sind, die auf Gottes Wort beruhen, der die Eigenverantwortung des Menschen in das Zentrum politischen Handelns stellt, der weltoffen und aufgeschlossen für Neues ist, der dieses aber im Lichte seiner Erfahrung und verlässlicher Werte prüft? Um den, der sich biblischen Werten verpflichtet fühlt, wird es einsam.

Der Blick in die politisch-mediale Landschaft kann einen Christen an die blinden Blindenführer erinnern, von denen in der Bibel, in anderem Zusammenhang, die Rede ist (Matth. 15,14). Die Erfahrung, dass die Medien über manche Ereignisse kaum berichten, oder erst dann, wenn es sich überhaupt nicht mehr vermeiden lässt, hat viele misstrauisch gemacht. Viele Menschen spüren, dass die politische Klasse keine Orientierung mehr geben kann. Auf die Entfremdung vieler Bürger reagierte die Politik zunächst mit ausgrenzender Rhetorik. Wo Bürger etwa die unkontrollierte Massenimmigration vornehmlich junger Männer aus muslimischen Ländern anders bewerten als die politischen Parteien und die meisten Medien, da werden sie des Rechtspopulismus geziehen. Aber ist dieser Vorwurf nicht selber undemokratisch und populistisch – weil er etwas bezwecken will, Macht erhalten will?

Jetzt nimmt die Ausgrenzung aber neue Dimensionen an. Die Bundesregierung ist, mit Blick auf die Bundestagswahl, entschlossen, gegen «Fake-News» vorzugehen. Im Bundeskanzleramt soll schnell ein «Abwehrzentrum gegen Desinformation» aktiv werden, soll Falschinformationen in den sozialen Netzwerken finden, ausmerzen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Bussgelder bis 50 Millionen sollen fällig werden, wenn soziale Plattformen «Hass-Rede» tolerieren.

Faktisch wird das vom Justizministerium geplante Gesetz soziale Netzwerke wie Facebook unter Androhung horrenden Bussgelder zwingen, Hassbotschaften zu eliminieren.

Die Frage ist nur: Was ist diffamierend, was ist eine Hass-Botschaft? Der Publizist Harald Martenstein fragt, was bereits als «offenkundig rechtswidrig» gelten soll: «Gerichte brauchen oft mehrere Instanzen, um es herauszufinden.» Wenn die sozialen Medien «Fahnder und Richter in einem sind», bedeutet das Zensur. Wenn die Regierung entscheidet, was «Fake» und was «Hass-Rede» ist, dann sind wir, so Martenstein, «in einer Despotie».

Der Grünen-Bundestagsabgeordneten Künast geht das Zensurgesetz nicht weit genug. Sie bemängelt, dass nur gehandelt wird, was justiziabel ist, und will, dass im Netz auch gelöscht wird, was (aus ihrer Sicht) «diskriminierend» ist.

Das Bundespresseamt von Angela Merkel, mit 500 Beschäftigten eine Superbehörde, trommelt für das Gesetz. Der Journalist Roger Letsch schreibt, dass das Justizministerium «grösste Anstrengungen» unternimmt, um «die Meinungsfreiheit möglichst unter dem öffentlichen Radar an eine beliebige straffbare Kette zu legen». Auch der Hauptgeschäftsführer des IT-Branchenverbandes Bitkom, Bernhard Rohleder, warnt vor einem «Zensurmonster». Der Leipziger Medienwissenschaftler Dr. Uwe Krüger hat sich in zwei Büchern («Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse»; «Mainstream – Warum wir den Medien nicht mehr trauen») mit Medien und der Kritik an ihnen befasst. Das Phänomen der Fake-News ist seiner Analyse zufolge nicht neu. Nur dass sie früher, in der klassischen Medienwelt, nicht von jedermann breit gestreut werden konnten. Als Beispiel nennt er «den angeblichen «Hufeisenplan» des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević, der im Bundesverteidigungsministerium 1999 zur Legitimierung des Kosovo-Einsatzes erfunden wurde».

Er hält die bestehenden Gesetze für ausreichend. Bereits heute sind Falschaussagen, Verleumdung und Volksverhetzung justiziabel. Krüger: «Ich finde Bestrebungen, Wahrheit staatlich festzulegen, sehr gefährlich für Demokratie und Meinungsvielfalt. Das würde die offene Gesellschaft, die durch Massenüberwachung schon heute gefährdet ist, noch stärker bedrohen. Wenn es erst einmal eine Instanz gibt, die darüber entscheidet, was Lüge, Einseitigkeit, Desinformation oder Propaganda ist, sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Dann wird es bald nicht mehr nur um das Aussortieren falscher Sachverhaltsaussagen gehen, sondern auch um «falsche» Deutungen, Interpretationen oder Kausalzusammenhänge. Wenn uns aber auch das Framing und die Perspektive vorgeschrieben werden, dann ist die Demokratie tot – und wir werden eine gelenkte Demokratie bzw. ein autoritäres System wie das von Wladimir Putin, vor dem wir uns so sehr fürchten.»

Mathias Döpfner, Präsident des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), kritisiert die kommenden Gesetze scharf: «George Orwell war harmlos dagegen. Ich habe den Eindruck, dass gerade ein paar Grundprinzipien freiheitlicher Gesellschaftsordnung mit Füßen getreten werden. Viele böse Dinge dieser Welt begannen im Namen der guten Absichten. Die gute Absicht heilt den Bruch eines Prinzips nicht. Was Wahrheit ist, definiert keine Regierung, auch nicht Facebook. Und was den Menschen zuzumuten ist, sollten nicht Zensurbehörden definieren. Der beste Garant für

den mündigen Bürger ist die Vielfalt der Information, der Meinungen und Wahrheiten unterschiedlicher Verleger, TV- und Radiosender oder Onlineanbieter.»

Solch massive Kritik aus der Medienszene ist selten. Matthias Heitmann, Autor des Buches «Zeitgeisterjagd. Auf Safari durch das Dickicht des modernen politischen Denkens», schreibt, dass in der Medienwelt nur wenige sehen, «dass von solchen Eingriffen in die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit ernste Gefahren ausgehen». Offenbar wähne man sich dort gerne selbst «auf der Seite der Privilegierten und Aufrichtigen, anstatt das Recht derjenigen zu verteidigen, die die Welt mit weniger bedacht gewählten Worten beschreiben». Das erbärmliche Niveau des Facebook-Geschreibsels, der Hass-Botschaften und der Unsinnsverlautbarungen in den sozialen Medien wird durch Unterdrückung abstruser Sichtweisen nicht besser, meint Heitmann: «Dies kann im Gegenteil nur durch die grösstmögliche Informations- und Meinungs-

## Das Verbot, den Islam zu kritisieren, findet jetzt den Weg von den Köpfen fanatisierter Muslime in die Gesetzgebung von Rechtsstaaten.

freiheit gelingen – Freiheit ist die Grundlage für den offenen Ideenwettbewerb, ohne den die Demokratie jede progressive Dynamik einbüsst.»

Politiker, die solche Zensurgesetze verabschieden wollen, scheinen für den eigentlichen Souverän in der Demokratie nur leise Verachtung übrig zu haben. Mick Hume, Herausgeber des britischen Magazins «Spiked», schreibt: «Wie genau sollen eigentlich Randerscheinungen wie Fake-News-Webseiten und Falschmeldungen die Festung der westlichen Demokratie bedrohen? Das geht nur, wenn man die Bürger für dumm und beeinflussbar genug hält, alles zu glauben, was ihnen aufgetischt wird, und davon ausgeht, dass sie dementsprechend handeln.» Er schreibt: «Die Annahme, dass Fake-News aufklärerische Werte wie Wahrheit und Vernunft von aussen unter Druck setzen, verdeckt das Ausmass, in dem diese Werte bereits von innen – durch die westlichen Kultureliten – infrage gestellt werden. Postmoderne Akademiker verkünden, dass es eine reine Wahrheit gar nicht geben kann; Nachrichtenmedien setzen auf eine emotional gehaltene Berichterstattung, die sich Objektivität nicht einmal mehr zum Ziel setzt.»

Zunehmend prägt ein zynischer Konsens die westliche Welt, wonach Wahrheit nur ein «gesellschaftliches Konstrukt» sei, also menschengemacht, dass es Wahrheit im eigentlichen Sinne also gar nicht gäbe. Letztlich ist das sowohl der Grund für diese divergierenden Hass- und Primitivbotschaften im Netz wie für Lüge und Fake in der Politik jeglicher Couleur.

Ohne Wahrheit gibt es auch keine Verantwortung, kein Für-einander und keine Liebe. Dann kann jeder machen, was er will, und hat «auf seine Weise recht». Die postmoderne Rede von «Du hast auf deine Art recht und ich auf meine» ist gerade nicht tolerant, sondern das Ende jeder Toleranz, weil es nichts gibt, worüber man sich verständigen sollte. Das relativistische «Es gibt keine Wahrheit» ist der Beginn der Herz-

losigkeit. Mit welchem Recht könnte man jemandem helfen wollen, der erkennbar auf einem für ihn schädlichen Weg ist, wenn es keine Wahrheit gibt?

Wenn es keine Wahrheit (und damit keinen Gott) gibt: Dann bleibt nur noch der vereinzelte Mensch in seinem verzweifelten Egozentrismus zurück. Er kann sich in seiner Verzweiflung zu Tode vergnügen, zu Tode essen und trinken, zu Tode arbeiten, verzweifelt versuchen, durch gute Taten ein guter Mensch zu werden, sich jedwedem Zeitvertreib hingeben, er kann sich zu Tode joggen oder der Einfachheit halber vor den Zug werfen. Er kann das alles auch verdrängen und mit einer weiteren Lebensversicherung Vorsorge betreiben und mit einem schwarzen Kloss des Unbehagens im Leib sein Leben im Mittelmass zu Ende bringen. Der Abschied von der Überzeugung, dass es Wahrheit gibt (wie immer sie auch zu verstehen ist), begründet die Verwahrlosung, ja die Zerstörung von Sprache (die wir ja gegenwärtig erleben). Mehr noch: Es ist das Ende der Verständigung. Es ist das Ende des Menschseins. Wo der Gedanke, dass es mit der Wahrheit auch keine überall und für alle gültigen, also universalen Werte – und damit auch keine Menschenrechte – geben kann, da beginnt die posthumane Ära. Wo die Wahrheit geht, beginnt die Barbarei. Die Bibel spricht von einer Zeit, «wie sie von Anfang der Welt bis jetzt nicht gewesen ist» (Matth. 24). Diese Zeit, ihr Geist, wird sich gegen die wenden, die mit diesem Jesus unterwegs sind.

In Deutschland, auch in Frankreich und anderen europäischen Ländern wird es einsam um diejenigen, die sich offen zum christlichen Glauben bekennen, die Abtreibung nicht für ein Menschenrecht halten, die offen die immensen Probleme durch die muslimische Migration benennen, die vor dem Islam als einer totalitären Herrschaftsideologie warnen. Im Zentrum christlichen Denkens steht, dass jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist und deshalb jeden Respekt verdient. Daraus folgt aber nicht, dass man jede Ideologie, jede Religion, jedes religiös-politische Gesetz (wie etwa die Scharia) zu respektieren hat. Auch ein säkularer Demokrat ist keineswegs gehalten, dies zu tun.

Er kann, eigentlich, frei bekennen: Das Handabhacken als Strafe für Diebstahl ist barbarisch; Steinigung ist widerwärtig und schändlich; die Ermordung von Mädchen aus Gründen der Familienehre ist rückständig und ein monströses Verbrechen; die Ehelichung von Minderjährigen ist Pädophilie und Vergewaltigung. In einer Demokratie hat jeder das Recht, solches zu sagen und auch, dass jene, die solches praktizieren oder legitimieren, Verbrecher sind und keinen Respekt verdienen. Schriften, die solches legitimieren, kann man in einem Rechtsstaat eigentlich als das bezeichnen, was sie sind: totalitäre Hass-Schriften. Eigentlich.

Aber das ist längst vorbei. Niemand schreibt mehr einen Roman wie Salman Rushdie. Im vergangenen Jahr hat das vom Westen hofierte iranische Regime die Belohnung für die Ermordung des Schriftstellers auf fast vier Millionen Dollar erhöht. Niemand würde einen solchen Roman mehr drucken. Niemand zeichnet mehr Karikaturen, auf denen unter einem Turban eine Zündschnur hervorlugt, seit bei einem Massaker eine ganze Redaktion abgeschlachtet wurde. Wer traut sich noch, in einem Video die Unterdrückung der Frau durch den Islam zu thematisieren, wie das Ayaan Hirsi Ali und Theo

van Gogh gemacht haben, seit dieser am 2. November 2004 in Amsterdam von einem fanatischen Muslim auf offener Strasse ermordet wurde?

Jetzt nimmt die Ausgrenzung aber neue Dimensionen an. Es sind nicht mehr nur muslimische Politiker, Prediger und Terroristen, die freie Rede unterbinden wollen. Das Verbot, den Islam zu kritisieren, findet jetzt den Weg von den Köpfen fanatisierter Muslime in die Gesetzgebung von Rechtsstaaten.

Die «Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz», die zum Europarat gehört, bezichtigt die Presse «rassistischer Gewalt» und der «Hass-Rede», weil sie die Religion von Terroristen nennt. Yves Mamou, der 20 Jahre lang als Journalist für «Le Monde» arbeitete, sagt: «Das ist der Moment, wo Hassgesetze zur grösseren Bedrohung für Demokratie und Redefreiheit werden als die Hass-Rede selbst. Journalisten zu verbieten, «islamischen Terrorismus» zu benennen und sie dazu zu ermutigen, die Assoziation der Muslime mit dem Terrorismus zu verbergen, ist ein Versuch, die Wahrheit in der gleichen Weise falsch darzustellen, wie die ehemalige Sowjetunion die Wahrheit zensiert hat.»

Der deutsch-ägyptische Publizist Hamed Abdel-Samad, ein aufgeklärter Muslim, ist wegen seines islamkritischen Buches «Mohammed. Eine Abrechnung» (welches hiermit empfohlen sei) von der Staatsanwaltschaft Berlin vernommen worden. Ihm droht jetzt ein Prozess. Damit wird die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Nicht er ist der Hass-Redner. Er wendet sich gegen die tatsächlichen Hass-Redner – die es zudem beim Reden nicht belassen, sondern Menschen vertreiben, versklaven und enthaupten.

Kanada hat ein «Islamophobie-Gesetz» verabschiedet, welches de facto jede Kritik am Islam oder am Koran unter Strafe stellt. In den Londoner «Mall Galleries» wurde die Ausstellung der Künstlerin Mimsy (sie verbirgt ihre Identität hinter diesem Künstlernamen) abgesetzt, nachdem sie von der Polizei als «hetzerisch» bezeichnet wurde. Die Künstlerin hatte mit einer Installation von Stofftieren die Gewalt des IS thematisiert. Sie zeigt unter anderem niedliche Stofftierchen, die auf einem Rasen picknicken. Hinter ihnen stehen, diesen nicht bewusst, Stofftier-Terroristen mit Sturmgewehren. Stattdessen bekommen die Besucher jetzt die Schau «The Great Wall Vagina» des Künstlers Jamie McCartney zu sehen, neun Meter grosse weibliche Genitalien. Die sozialistische Regierung Frankreichs hat Christen, die sich gegen Abtreibung äussern, als «Pro-Life-Militante» ausgemacht, das «Wall Street Journal» berichtet von «Frankreichs Krieg gegen Anti-Abtreibungs-Rede». Andrea Williams, Generaldirektorin des «Christian Legal Center», einer britischen christlichen Rechtsorganisation, berichtet, dass ein Gericht bereits die Bibel selbst als eine Form von «Hass-Rede» bezeichnet hat.

Schon jetzt, vor der Verabschiedung dieser Zensurgesetze, wird es für Christen immer schwieriger, ihre Meinung offen zu sagen. So sperrte Facebook zeitweilig das Konto der christlichen Bloggerin Elizabeth Johnson, weil sie Bibelstellen zur Homosexualität gepostet hatte. Johnson berichtet, dass es vielen christlichen Bloggern so ergangen sei. In ihrem Fall wurde die Sperrung, nach öffentlichen Protesten, wieder zurückgenommen. Gesetze gegen «Islamophobie», die vor allem von Muslimverbänden gefordert werden, und das Vorgehen

gegen «Hass-Rede» im Internet können sehr schnell gegen die Religionsfreiheit vor allem von Christen eingesetzt werden. Noch finden sich im Internet Tausende Predigten, bibelkundliche Vorträge und christliche Texte, die den Islam als eine – letztlich – dämonische Religion bezeichnen. Damit kann von einem Tag auf den anderen Schluss sein.

Es gibt keinen objektiven Befund, was eine Hass-Rede ist. In erster Linie hängt es vom Adressaten ab, ob er etwas als Hass-Rede empfindet, oder sich überhaupt darüber aufregt. Der Philosoph Alexander Ulfig erinnert an den griechischen Denker Epiktet. Dieser empfahl eine stoisch-gelassene Reaktion auf missliebige Äusserungen: «Sei dir dessen bewusst, dass dich derjenige nicht verletzen kann, der dich beschimpft (...), es ist vielmehr deine Meinung, dass diese Leute dich verletzen. Wenn dich also jemand reizt, dann wisse, dass es deine eigene Auffassung ist, die dich gereizt hat.» Alexander Ulfig resümiert: «Das Recht auf die freie Meinungsäusserung ist zu kostbar, um unter dem Vorwand der «Hass-Rede» eingeschränkt zu werden.»

In unserer Zeit kämpft der Widersacher gegen Gott und die Menschen, indem er die Leute glauben macht, es gäbe keine (universale) Wahrheit – und keinen Gott und keinen Teufel. Er träufelt den Leuten die postmodernen K.O.-Tropfen des Relativismus ein, die den Intellekt ausschalten. Ebenso wie der Widersacher will, dass wir nichts von Gott wissen, will er auch, dass wir ihn selbst für ein Ammenmärchen halten.

Vor diesem Hintergrund sollte man auch die Rede von der «Gewaltssprache» sehr genau bedenken. Gewaltkommunikation ist, wenn andere Menschen vom Menschsein ausgegrenzt werden. Gewaltssprache ist nicht, wenn jemand reklamiert, dass es Wahrheit gibt. Das ist eine Diffamierung von freier Rede und von freier Auseinandersetzung. Mit diesem Begriff packt die postmoderne Version von Orwells Gedankenpolizei den Knüttel aus. Ein freies Gespräch ist so nicht mehr möglich.

Was wir tun können und tun sollen, das ist: Mit anderen Menschen im Gespräch um die Wahrheit ringen. Das Verlangen des Menschen soll sein, nach der Wahrheit zu suchen, in ihre Nähe kommen zu wollen, sie zu schmecken. Die Bibel ist voll mit dieser Aufforderung. Wir lesen viel davon in den Sprüchen oder auch in Psalm 119. Wenn das Streben nach Wahrheit, nach Weisheit und Erkenntnis mit der Bibel in der Hand geschieht, dann ist man auf der richtigen Spur, auf dem richtigen Weg. Auf dem Weg der Wahrheit. Dann ist man schon mit Gott unterwegs.

Der eingangs erwähnte Satz: «Dieser war auch mit dem Jesus von Nazareth» wurde voller Verachtung hinter dem verzagten Petrus hergeworfen. Es war ein Schmähruf. Bundespräsident Johannes Rau identifizierte sich mit dieser ausgrenzenden Aussage: Ja, ich bin auch einer, der mit diesem Jesus von Nazareth unterwegs ist. Dieser Satz steht in der Passionsgeschichte, in Matthäus 26,71.

Wenn wir die Zeitung so lesen, wie der Bundespräsident empfahl, mit der Bibel auf dem Tisch: Wie berechtigt sind dann Zweifel daran, dass wir diesen Satz heute am Beginn einer Passionszeit für die Jesusnachfolger in Europa sagen? Egal – am Ende ist der Schmähruf der Christenfeinde ein Ehrenruf. ■